

Zu den Auswirkungen der Digitalisierung der Produktion – Fluch oder Segen?

1 Große, leere Worte der DGB- und Gewerkschaftsführungen: In einem Boot mit den Unternehmern

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte die Maikundgebungen 2015 unter das Motto »Die Zukunft der Arbeit bestimmen wir« gestellt – im Wissen um die anstehende Digitalisierung der Arbeitswelt. Vorsitzender Rainer Hoffman sprach in seiner Lübecker Rede davon, dass die Digitalisierung die Gewerkschaften herausfordere, »die Arbeit der Zukunft zu gestalten.« Groß sei die Befürchtung, dass Globalisierung und Digitalisierung auf Kosten der Beschäftigten gehen. Zu einem digitalen Prekariat mit einer Bourn-Out-Elite dürfe es nicht kommen. Er forderte eine neue »Humanisierungspolitik, um die Chancen der Digitalisierung der Arbeitswelt zu nutzen«, ließ sich aber nicht darüber aus, wie dieses nicht weiter konkretisierte Ziel erreicht werden sollte.

Noch im Mai kam der Angriff der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände BDA. Sie warnte in ihrem Positionspapier »Chancen der Digitalisierung nutzen« vor Auflagen für Zeitarbeit, Werks- und Dienstverträgen. Diese würden eine erfolgreiche Digitalisierung erschweren. Nur mit diesen erfolgreichen Instrumenten ließen sich die zu erwartenden Schwankungen der Auftragslage ausgleichen. Außerdem sprach sich die BDA dafür aus, die tägliche Höchstarbeitszeit auszusetzen und stattdessen eine Wochenhöchstarbeitszeit zu vereinbaren. Das würde bedeuten, den von der Arbeiterbewegung erkämpften Acht-Stunden-Tag – der jetzt schon zeitweise bis auf zehn Stunden ausgeweitet werden kann – ganz abzuschaffen.

Der DGB antwortete seinerseits mit einem Positionspapier. Er wirft der BDA vor, die Digitalisierung von Produktion und Dienstleistungen für weitere Liberalisierungen des Arbeitsmarktes nutzen zu wollen: Dem Markt alle Regulierungen überlassen und damit das Arbeits- und Sozialrecht diskreditieren. Sie wolle die Digitalisierung darüber hinaus dazu nutzen Mitbestimmungsrechte anzugreifen, Arbeitszeit auszuweiten und Arbeitsplätze durch Werksverträge noch unsicherer machen.

Der DGB fordert, die Digitalisierung müsse unbedingt politisch gestaltet werden, weil die Perspektiven noch ungewiss seien. »Einerseits eröffnet die Digitalisierung neue Potenziale für eine Humanisierung der Arbeit. Andererseits besteht das Risiko der Entgrenzung, Prekarisierung und Substituierung menschlicher Arbeit.« Eine neue Technik müsse mit den Beschäftigten und ihren betrieblichen Vertretern erreicht werden. Über eine lebensbegleitende Weiterbildung müssten die Kompetenzen der Arbeitnehmer ausge-

baut werden, damit viele Beschäftigte davon profitieren könnten. Der DGB fordert Regeln für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, damit die Grenzen zwischen Freizeit und Arbeit nicht verwischt werden. Geregelt werden müssten auch von Betrieben vorgegebene Leistungsziele, um Überlastung und psychische Erkrankung zu verhindern.

Digital vernetzte Arbeit muss nicht mehr in der Firma zu zeitlich festgesetzten geleistet werden. Deshalb sind Entgrenzung und Flexibilisierung möglich. Den Beschäftigten wird mehr Freiheit in der Gestaltung ihres Lebens vorgegaukelt – ganz im Gegensatz zur Wirklichkeit. Der globale Konkurrenzkampf treibt die Unternehmer dazu, die Beschäftigten nach Bedarf einzusetzen. Doch noch steht den Unternehmern die »Ankerfunktion« des Rumpf-Acht-Stunden-Tages im Wege.

Der Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit steht auch hinter der wachsenden Zunahme von Werksverträgen bei der Digitalisierung. Die BDA will darin nicht in erster Linie Einsparungsmöglichkeiten, sondern die fortschreitende Spezialisierung der Arbeit sehen. Die Gewerkschaften sehen sich jedoch auf den Plan gerufen, weil die Kernbelegschaften in der Produktion – ihre Klientel – betroffen sind.

Fast die Hälfte der Firmen, die auf der Basis von Werksverträgen arbeitet, hält sich nicht an Tarifverträge. Die IGM sieht hier das Prinzip »Gleiche Arbeit – Gleicher Lohn« durch Dumping gefährdet. Ihre bundesweiten Protestveranstaltungen am 24.9.15 konnten allerdings nicht zu mehr als zu ihrer Legitimation vor den Mitgliedern dienen. (In Bremen protestierten von den vielen Tausend Daimler-Beschäftigte nur 200: Die IGM lässt hier von Abmahnungen betroffene Kollegen, die gegen Fremdvergabe die Arbeit niedergelegt hatten, im Regen stehen.) Nun will die IGM das Problem ungleicher Bezahlung über Mitgliederwerbung bei den Werkvertragsfirmen angehen.

Die Gewerkschaften sehen Probleme und fordern Regelungen – doch sie sind Stütze der Unternehmer im globalen Konkurrenzkampf der Konzerne.

Bündnis »Zukunft der Industrie«

Schon im November 2014 hatten Wirtschaftsminister Gabriel, der BDI-Präsident Grillo und der IGM-Vorsitzende Wetzel ein Bündnis zur Erneuerung der deutschen Industrie vereinbart. Vorläufer dafür gab es schon mit der »Konzertierten Aktion« (70er Jahre) und dem »Modell Deutschland« (90er Jahre). Dass die Gewerkschaften mit ihrer Sozialpartnerschaftspolitik besonders nach dem Mauerfall erkämpfte Standards aufgeben haben, also schwerwiegende Niederlagen einstecken mussten, stört sie nicht. Hauptsache sie sind als Verhandlungspartner von der Gegenseite akzeptiert und

sitzen mit am Tisch – auch bei einer weiter herabgestuften Sozialpartnerschaft.

Gemeinsam erklärten der Wirtschaftsminister, die Unternehmer und die IGM unter dem Titel »Zukunft der Industrie«: *»An der Schwelle eines neuen Industriezeitalters, wo globale Wertschöpfungsanteile, Innovationsführerschaften und Produktionsstandorte neu umkämpft sind, braucht Deutschland eine konzertierte Aktion. Das Ziel: die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa sichern. Die Aufgabe: die umfassenden Herausforderungen systematisch und kooperativ angehen durch politische Initiative, durch unternehmerisches und gewerkschaftliches Engagement in einem Aktionsbündnis von Bundesregierung und Sozialpartnern.«* ... *»Die Industrie ist ... in Deutschland ein wesentlicher Garant für Wohlstand, Wachstum, technologische Innovation und zukunftssichere Arbeitsplätze.«* Das gemeinsame Ziel sei die Schaffung von wieder mehr und besseren Industriearbeitsplätzen in Deutschland. Konkrete Handlungsempfehlungen sollen u.a. zur Zukunft der Arbeit in der Industrie und industrienahen Dienstleistungsreichen, zu Wertschöpfungsstrukturen der Zukunft sowie zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie erarbeitet werden. Die Bundesregierung will die Forschung mit dem Programm »Gute Arbeit im digitalen Zeitalter« mit einer Milliarde Euro unterstützen.

Unter Ausschluss von ver.di und NGG, die auch in Industriebetrieben Mitglieder haben, hoben die vier DGB-Gewerkschaften IGM, IG Chemie, IG Bau und EVG im April in einer Erklärung hervor, die Zukunftsfähigkeit der Industrie sei nur mit Intelligenz, Innovation und Investitionen gegeben. Die Entwicklung der heutigen Wirtschaft zeichne sich durch eine arbeitsteilige Integration von Güterproduktion und Dienstleistung aus. Während im Prozess der Digitalisierung der Wirtschaft die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistungen verschwimmen, kochen also die Industriegewerkschaften ihr eigenes Süppchen. Den DGB gibt es nur auf dem Papier.

Bei einem zu erwartenden verschärften Konkurrenzkampf durch die Digitalisierung der Produktion stehen die deutschen Industriegewerkschaften wie bisher an der Seite der deutschen Unternehmer. Grundsatz der IGM-Politik ist, auf sozialpartnerschaftlichem Wege *»die Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern«*. Erinnern wir uns: Die Agenda 2010 des sozialdemokratischen Kanzlers Schröder mit ihrem Sozialabbau durch Harz IV ermöglichte die wirtschaftliche und politische Führungsrolle Deutschlands in der EU. Welche Rolle die IGM der Digitalisierung der Produktion beimisst, zeigt sich an der Wahl der Expertin Christiane Benner zur zweiten Vorsitzenden.

Im Konkurrenzkampf setzt sich heute derjenige durch, der flexibel auf Kundenwünsche eingehen kann. Kurzfristig auf Aufträge reagieren zu wollen, heißt, flexibel produzieren zu müssen. Dafür wollen die Unternehmer die Arbeit im Betrieb organisieren. Wird flexibel produziert, so sind flexible Arbeitsmärkte erforderlich und Maschinen geben den Beschäftigten den Takt vor. Das treibt die Unternehmer dazu, die von den Belegschaften erkämpften Arbeitsbedingungen abbauen wollen. Soziale Sicherheit, die bis zum Mauerfall Aushängeschild Westdeutschlands gegenüber der DDR-Bevölkerung war, ist für die Profitproduktion längst hinderlich geworden. Über die Mitbestimmung im Betrieb Arbeitsabläufe mitgestalten zu wollen, bedeutet angesichts des globalen Konkurrenzkampfes Unterordnung unter die Strategie der Firma. Haben die Lokführer und die Beschäftigten der Berliner Charité auch erfolgreich einen Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen erkämpft – in der Industrie drückt der globale Konkurrenzkampf. Und der

Der Acht-Stunden-Tag

Der Acht-Stunden-Tag war eine der ältesten Forderungen der Arbeiterbewegung. Aufgekommen war sie in den 1830er Jahren in der britischen Arbeiterbewegung. International aufgestellt wurde sie auf dem Sozialistenkongress 1889 in Paris. Sie wurde zur zentralen Losung für den 1. Mai, der ab 1890 weltweit als Kampftag der Arbeiter begangen wurde: *»Acht Stunden arbeiten, acht Stunden schlafen und acht Stunden Freizeit und Erholung«*. 1918 führten die revolutionären Aktivitäten der Arbeiter zur gesetzlichen Festschreibung des Acht-Stunden-Tages in Deutschland.

1923 konnte die Unternehmenseite den gesetzlich verankerten Achtstundentag wieder aushebeln. Die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 gestattete neben dem Achtstundentag auch einen Zehnstundentag. Im 2. Weltkrieg waren Arbeitszeitregelungen außer Kraft gesetzt. Nach seinem Ende wurde der Acht-Stunden-Arbeitstag bei einer 48-Stunden-Arbeitswoche wieder eingeführt.

Ab 1965 Die 40-Stunden-Woche setzte sich nach der Gewerkschaftskampagne »Samstags gehört Vati mir«; in Westdeutschland durch. Nach zehn Jahren Arbeitskampf wurde 1990 die 35-Stunden Woche teilweise durchgesetzt. Ab Mitte der 1990er Jahre setzten die Betriebe der Metallindustrie jedoch schrittweise die Arbeitszeit wieder auf 40 Stunden hoch, zuerst für außertariflich bezahlte Arbeitnehmer.

Aktuell liegt die erlaubte Höchstarbeitszeit immer noch bei acht Stunden. Vorübergehend ist eine Ausdehnung auf zehn Stunden erlaubt, wenn dies innerhalb von einem Jahr wieder ausgeglichen wird, sodass ein Durchschnitt von acht Stunden erreicht wird. Mit bezahlten Überstunden kann auch eine 50-Std-Woche erreicht werden. 2004 arbeitete ein Vollzeitbeschäftigter im Schnitt 42 Stunden pro Woche und damit deutlich länger als tarifvertraglich vereinbart. ■

führt dazu, dass immer mehr Unternehmer die Arbeitgeberverbände verlassen, um sich Tarifverträgen zu entziehen.

2 Was ist heute technisch revolutionär?

Revolutionäre Schritte in der industriellen Entwicklung

Die **1. industrielle Revolution** begann in Großbritannien mit der anfangs noch hölzernen Spinning Jenny. Dadurch dass mit ihr gleichzeitig mehrere Spindeln angetrieben werden konnten, wurden Spinner arbeitslos. Auf die Spinnmaschine folgte der mechanische Webstuhl. Muskelkraft wurde zunächst durch ein Wasserrad und dann durch die Dampfmaschine ersetzt.

Als **2. industrielle Revolution** bezeichnet man den Übergang zur Massenproduktion, die Ford Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem Fließband einleitete.

Als **Industrie 3.0** wird am Ende des 20. Jahrhunderts die Einführung der Industrieroboter zur Unterstützung der Arbeiter am Fließband gesehen.

Die Kommunikation unter Robotern, das Internet der Dinge, wird auch als **4. industrielle Revolution** gesehen. Produziert werden kann gezielt nach individuellem Kundengeschmack, und nicht mehr nur das Massenfabrikat.

Um im unerbittlichen Konkurrenzkampf auf dem kapitalistischen Weltmarkt hohe Gewinne erzielen zu können,

sind die die Unternehmen gezwungen, die Arbeitskosten zu senken. Deshalb gibt es eine lange Entwicklung des Ersetzens menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen. Jeder technische Fortschritt bedeutet Produktivitätssteigerung und Rationalisierung. Mit dieser Entwicklung einher geht eine gewaltige Zunahme der Produkte, die eine Verschärfung der Konkurrenz zur Folge hat. »Kaum etwas wird die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ebenso wie das soziale und kulturelle Umfeld so verändern wie die digitale Vernetzung.« (Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel)

Das Internet der Dinge bringt nicht nur Rationalisierungs- und Produktivitätsschübe sowie eine damit stattfindende gewaltige Ausweitung der Produktion, die zu einem verstärkten globalen Konkurrenzkampf führt. Die Auswirkungen werden darüber weit hinausgehen.

Digitalisierung der Produktion

In der digitalen Produktion werden Informationstechnik und Mechanik in einem komplexen System verbunden. Nicht nur Menschen, sondern Maschinen und Werkstücke kommunizieren dann in Echtzeit, temporär über drahtlose bzw. drahtgebundene Netze wie das Internet miteinander, das Internet der Dinge. Fahrerlose Transportfahrzeuge erledigen eigenständig Logistikaufträge.

Die Fertigung organisiert sich selbst, weil in jedem Teil der Wertschöpfungskette Software steckt – von der Produktentwicklung bis zum Service. Noch ist die Autonomie des Systems und der Geräte weitgehend auf einige motorische Abläufe beschränkt. Doch nach und nach wird künstliche Intelligenz in wachsendem Maße die menschliche ersetzen. Besonders in der Übergangszeit werden die Erfahrungen langjährig Beschäftigter gebraucht, um auftretende sensorische Lücken schließen zu können. Am Ende der Entwicklung stehen dann Produktionsanlagen, die sich überwiegend selbst verwalten, überwachen, warten und selbständig den Güternachschub sowie die Logistik regeln.

Schon seit Fords Einführung des Fließbandes ist die Automobilproduktion in der Revolutionierung der Produktionsweise vorneweg. Hier wird der Arbeitsprozess schon heute von den Geräten selbst weitgehend autonom gesteuert. Im Kompetenzzentrum der Daimler-C-Klasse z.B. werden z.Zt. 1500 Roboter noch hinter Schutzgittern eingesetzt. Vorangetrieben wird die komplette Vernetzung aller Werksprozesse, die digitale Planung sowie Prozessverbesserungen. Die vier Produktionsstätten der C-Klasse sind weltweit vernetzt. Bei Audi wird bereits ein Roboter erprobt, der über eine Kamera, Annäherungs- und Berührungssensoren und Rechner mit einem Menschen ohne Schutzgitter zusammenarbeitet. Zulieferer, die früher nur mechanische und elektrische Teile geliefert haben, bauen nun auch Elektronik und programmieren Software. Zehntausende Bosch-Ingenieure sind Programmierer. Im Sektor der Automobilproduktion ist eine unternehmensübergreifende Vernetzung der Digitalisierung zu erwarten. Der nächste Sieben-Jahre-Modellzyklus wird die nächsten Schritte zeigen.

Der Digitalisierungsprozess ist allumfassend. Er findet in der Produktion wie im Dienstleistungssektor statt: Computerprogramme können schneller als Menschen bestimmte Veränderungen an den Börsen erkennen und auf diese dann automatisch reagieren. Ähnliches ist künftig auch in der industriellen Produktion denkbar. Ist die Produktion mit großen vernetzten Robotern auch noch in der Entwicklung, Einzelteile werden jetzt schon weltweit digital produziert: Der 3-D-Drucker mit seiner in Schichten aufbauenden Fertigung produziert aus Metallpulver Bauteile, die im Rechner programmiert worden sind. In der deutschen Flugzeugindustrie wird diese Technologie

ab 2016 eingesetzt. Eine Materialersparnis von 90 Prozent wird erwartet.

In den USA, wo die Entwicklung der Software weiter als in Europa ist, liegt das Augenmerk nicht nur auf der bloßen Produktion: Es geht vielmehr um die breiten Zusammenhänge entlang der ganzen Herstellungskette, in denen gedacht und gewirkt werden muss. Im Industrial Internet Consortium (IIC) ziehen kleine und große Firmen, Verbände, Forschung und Regierung an einem Strang. Als internationaler Konzern spielt Bosch eine Hauptrolle im ersten veröffentlichten IIC-Innovationsprojekt, bei dem es um vernetzte Industriewerkzeuge geht. Allerdings: »Die reichsten Unternehmen der Welt arbeiten inmitten einer Region mit der höchsten Armut«, so ein US-Gewerkschafter.

In Deutschland hängen 15 Millionen Arbeitsplätze direkt und indirekt von der produzierenden Wirtschaft ab. Nach einem Gerangel der Industrieverbände hat die Bundesregierung begonnen zu koordinieren und propagiert: Wenn Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft gemeinsam die digitale Revolution aktiv mitgestalten, können Wohlstand und Lebensqualität für alle steigen.

Am 14. April dieses Jahres ist dafür die erweiterte Plattform Industrie 4.0 gestartet worden. Beteiligt sind Vertreter der Industrie, Politik, Gewerkschaften (IG Metall) und Wissenschaft.

3 Was für den Menschen drinliegt

Die Informationstechnik ist dabei alle Bereiche unserer Wirtschaft zu durchdringen. Im Gegensatz zu den bisherigen technischen Revolutionen zielen heute die Erneuerungen auf den Kernbereich unserer Fähigkeiten, auf unsere Sinne, unserer Wahrnehmungen, unser Denken.

Wer sich damit befasst, erkennt: Das Ergebnis könnte eine Welt sein ohne Plackerei und voller Wohlstand, voller Möglichkeiten, das Leben selbstbestimmt zu gestalten, Krankheiten und Gefahren schnell zu erkennen und ihnen damit zu begegnen. Schon heute kann ein Chirurg viel zuversichtlicher ein Herz operieren, wenn er es vorweg schon von einem dreidimensionalen Modell kennt, das ein 3-D-Drucker schichtweise mit etwa ein Zehntel Millimeter dicken Schichten aufgebaut hat.

Die Digitalisierung der Produktion könnte den Menschen also neue Lebensperspektiven eröffnen: Durch das Internet der Dinge könnte die zum Leben notwendige Arbeitszeit auf ein Minimum verkürzt werden, anstatt dass die Arbeitsplätze von Millionen lohnabhängig Beschäftigter überflüssig werden. Perspektivisch gesehen wäre es dann nicht mehr notwendig, dass alle Menschen sich zwangsweise auf einen Beruf spezialisieren, nur eine Arbeit verrichten, die sie nicht befriedigt, oder sie gar krank macht. Sie könnten die Freiheit erhalten, ihre persönlichen vielfältigen Fähigkeiten zu entwickeln und ihren eigenen Neigungen nachzugehen. Arbeit wäre also nicht mehr Zwang. Darüber hinaus könnten sie sich entsprechend ihrer Fähigkeiten auf einer der Stufen der menschlichen Gesellschaft verantwortungsvoll und kritisch einbringen. Schwebte das dem DGB-Vorsitzenden Hoffmann bei seiner Mai-Rede vor? Marx und Engels haben diese Perspektive unter anderen gesellschaftlichen Verhältnisse schon 1845/46 in »Die deutsche Ideologie« angesprochen. (MEW Bd. 3, S. 33.) Was steht dem also im Wege? Sehen wir uns die Auswirkungen dieser Entwicklung an.

4 Auswirkungen auf die lohnabhängig Beschäftigten – nicht erst morgen

DGB-Vorsitzender Hoffmann will die Arbeit der Zukunft gestalten. Er blieb in seiner Rede am 1. Mai bei allgemeinen Worten. Über die Auswirkungen auf die Beschäftigung in

den Betrieben wird auch von Regierungs- und Wirtschaftsvertretern gern hinweggeredet.

Geschäftsleitungen, Vorstände und ihnen freundlich gesinnte Medien versuchen Belegschaften mit Hinweis auf die Verrentung der Babyboomerjahrgänge und das Nachrücken geburtenschwacher Jahrgänge zu beruhigen. Dadurch werde es möglich, die für den menschlichen Körper anstrengenden, problematischen Arbeitsplätze abzuschaffen, ebenso werde eine Umstellung auf weitere technische Erneuerungen ohne Entlassungen möglich. Nicht wenige Betriebsräte denken auch so und glauben an einen kontrollierten Strukturwandel. Ihr Blick erfasst die Entwicklung, deren Anfang sie jetzt erfahren, allerdings nur teilweise

Ist die Umstellung auf digitale Produktion auch teuer, für die Herstellung digitaler Produkte werden ganz erheblich weniger Beschäftigte gebraucht als vorher; die Herstellungskosten schrumpfen. Letztlich sind die Lohnkosten dann minimal.

Für die Umstellung der Produktion auf digitale Vernetzung werden qualifizierte Fachkräfte gebraucht, die die neuen komplexen Produktionsabläufe verstehen. Wie es aussieht, wenn sie erst einmal laufen, zeigt sich z.B. in der Stahlproduktion. Dort werden schon jetzt für jedes Band, das hier gewalzt wird, tausende Daten benötigt – und der Walzprozess wird nur noch von einzelnen Beschäftigten beobachtet, kontrolliert. Sie arbeiten isoliert und haben deshalb ein größeres Risiko psychisch krank zu werden.

In der Vergangenheit hat der technische Fortschritt meistens an anderer Stelle neue Arbeitsplätze geschaffen. Im 18. Jahrhundert ersetzte der mechanische Webstuhl die Weber, doch es entstanden andere Arbeitsplätze. Neue Produkte haben neue Jobs geschaffen, im 20. Jahrhundert vielfach im Dienstleistungsbereich, denn die Bedürfnisse der Menschen stiegen. Da nicht nur die Produktion sondern auch im Dienstleistungsbereich digitalisiert wird, können Maschinen Dienstleister, die ihr Fachwissen als Jobgarantie gesehen haben, ersetzen: Dazu gehören z.B. Assistenten im Krankenhaus, Anwälte, Journalisten, Köche, Tischler, Programmierer, Sacharbeiter, Busfahrer und Kreditanalysten. Und notwendige hochqualifizierte Kopfarbeiter, die bisher Einzelkämpfer waren, werden austauschbare Lohnarbeiter. Über Online-Plattformen (Internetplattformen) können Leistungen von Freischaffenden in aller Welt eingekauft werden. Selbständige ohne Sozialschutz können also für ein Unternehmen Umsatz schaffen, über sie kann Profitproduktion laufen.

Schon jetzt werden Arbeiten im Netz, die noch nicht automatisiert erfolgen können, von »Crowdworkern« (Klickarbeitern) auf Abruf erledigt. Sie sind nicht fest angestellt, arbeiten als Individualisten und werden wie Akkordarbeiter nur für erledigte Arbeiten bezahlt. Hier verschwimmen die Grenzen zwischen Lohnabhängigen und Selbständigen. Das nutzen Unternehmer aus: Soziale Absicherung von Krankheit, Kurzarbeit und Kündigung gibt es für sie nicht.

Bislang haben weniger als zehn Prozent der deutschen Industrieunternehmen den digitalen Transformationsprozess in die Wege geleitet. Die heute ganz unterschiedliche Arbeitsplatzsicherheit in den einzelnen Bereichen wird also noch einige Zeit erhalten bleiben. In der Öffentlichkeit werden wir von verschiedensten Seiten beschwichigt, Menschen würden immer gebraucht. Dem ist auch so, denn Roboter müssen schließlich eingeschaltet, gewartet und ihre Programmierung muss ständig verbessert werden. Auch Roboter sind nicht in der Lage zu produzieren, neue Werte zu schaffen, wenn sie nicht von Arbeitskräften eingeschaltet werden.

Vor dem Entwicklungsschub dieser hochtechnologischen Produktionsweise sicher sein werden außer diesen

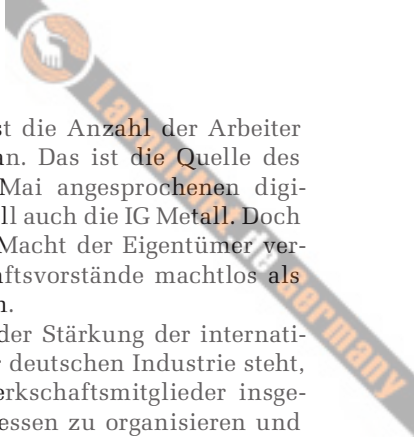
Berufen hauptsächlich entweder wenige besonders gut bezahlte Jobs im kreativen Bereich (z.B. Architekten, Künstler, Gestalter, Autoren) oder besonders schlecht bezahlte wie Aushilfskräfte im Restaurant. Ihre Arbeit wird nicht vom Roboter übernommen. Ihnen drohen Hungerlöhne. Doch Wetzel verkündete mit den Unternehmern: »Das *gemeinsame Ziel sei die Schaffung von wieder mehr und besseren Industriearbeitsplätzen in Deutschland.*« Erfahren wir gegenwärtig auch, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland z.Z. sinkt – mit ihren umfangreichen Investitionen weist die technische Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung, denn der Faktor Arbeit soll verbilligt werden.

In der Produktion entstehen nun dynamische Netzwerke, auch zwischen Firmen und mit weit entfernten Produktionsstandorten: Ein ständiger Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Ebenen der Herstellung lässt die Flexibilisierung der Produktion zu. BDI-Präsident Grillo mahnte auf einer Veranstaltung im Juli 2015 in Berlin mehr Veränderungs- und Risikobereitschaft an. Das wurde als einzige Differenz zum damaligen IGM-Vorsitzenden Wetzel festgestellt.

Was in der Dienstleistungsbranche schon üblich ist – abends und am Wochenende telefonisch erreichbar zu sein – ist also allgemeine Forderung der Unternehmer geworden: mehr Flexibilität in den Arbeitsverhältnissen. Aus den Beschäftigten soll mehr herausgeholt werden. Globalisierung, moderne Kommunikation und der Konkurrenzkampf im Nacken führen zu dieser Forderung. Beschäftigte, die überlangen und schwankenden Arbeitszeiten ausgesetzt sind oder außerhalb festgelegter Arbeitszeiten dienstbar sein sollen, sind einem andauernden Unruhezustand, einer krankmachenden Grenzenlosigkeit ausgesetzt. Was sich für einen Beschäftigten in den zwanziger Jahren zunächst wie Freiheit anfühlen kann, wird im höheren Alter zur schweren Belastung, kann untragbar werden. Besonders hervorzuheben ist die Überforderung berufstätiger Eltern: Auch ihre Kinder sind betroffen. Die Beschäftigten erweitern also nicht ihre Freiheiten, sie werden ihnen beschränkt. Die betroffenen Kollegen fragen sich, ob sie wirklich immer erreichbar sein müssen, wo doch schon in der normalen Berufszeit das Tempo steigt, die Arbeit verdichtet wird, der Leistungsdruck größer geworden ist.

Verbesserte Programmierung bei vorgegebenem Ziel, notwendige Regulierung von Störungen, u.a. bedeuten, sich unter Fremdbestimmung mit dem ganzen persönlichen Können einbringen zu müssen. Was jetzt schon vielfältig wirksam ist, droht den in Arbeit verbliebenen Lohnabhängigen bei Massenarbeitslosigkeit verstärkt: wachsende psychische Belastung u.a. durch Vereinzelung am Arbeitsplatz und damit auch in der Gesellschaft. Flexibilisierung, Deregulierung und Prekarisierung werden sich verstärkt auswirken.

Humanisierung der Arbeitswelt forderten die Gewerkschaften wieder am 1. Mai 2015. Und wo spüren wir gegenwärtig ihre Humanisierungspolitik? Um sich ihren Arbeitsplatz zu sichern, sind Beschäftigte gezwungen, persönliche Reserven freizusetzen. Wenn Kolleg(inn)en im Betrieb zu Konkurrenten gemacht werden, setzen sie sich selber unter Druck – stärker als es jeder Vorgesetzte tun könnte – um Lösungen zur Bewältigung ihres Aufgabengebietes zu finden. Schließlich müssen Leistung und Erfolg erbracht werden – wenn nötig, auch in der eigenen Freizeit. Dafür betreiben Menschen in unsicheren Jobs vielfach Gehirndoping. Zunehmend können Menschen nach der Arbeit nicht mehr abschalten. Sie greifen zu verschreibungspflichtigen leistungssteigernden Medikamenten, auch zu Stimmungsaufhellern. Bei den Ursachen für Arbeitsunfähigkeit stehen schon jetzt psychische Leiden an zweiter Stelle. Das ist kei-



ne Bourn-Out-Elite; das sind die normalen Kollegen an ihrem Arbeitsplatz. Wo bleibt da die schon heute notwendige Humanisierungspolitik des DGB?

Arbeitsministerin Nahles sieht kein Problem darin, die Höchstüberlassungsdauer bei Leiharbeit per Tarifvertrag zu verlängern und hält es für richtig Werksverträge auszuweiten. Auch ihr geht es um die Durchsetzung im globalen Konkurrenzkampf. Sie fragt selber: »Ist es zeitgemäß, an starren Arbeitszeiten festzuhalten?« Einen Flexibilitätsskompromiss sieht sie darin, dass »die Arbeitszeit im Lebenslauf atmen kann«. Wenn sie sagt: »Wir brauchen Mitarbeiter, die auf sich selbst achten«, (SZ, 25.7.15) schiebt sie die Verantwortung dem einzelnen Beschäftigten zu, der – allein gelassen – gegenüber dem Unternehmer wehrlos ist! Das ist dann wohl für sie »sozialer Kompromiss«. Die Sozialdemokraten sind weiterhin zu jeder Schandtat bereit, Hauptsache, sie sind dabei. Die davon Betroffenen können jedoch nicht mit dem bisherigen sozialen Netz aufgefangen werden.

Wetzel sieht darüber hinaus nicht nur die Gefahr einer »stärkeren Leistungsverdichtung und neue Möglichkeiten zur Überwachung und Leistungsvermessung« auf die Beschäftigten zukommen, sondern auch: »Es steht jeder zweite Arbeitsplatz auf dem Spiel, denn wir wissen gar nicht, was für eine Automatisierungswelle wirklich auf uns zukommt.« Deshalb will die IGM im Bündnis mit Unternehmen und Regierung zusammenarbeiten! Einen Wegfall der Hälfte aller Jobs, wie ihn die Oxfordstudie für die Zukunft sieht, hält Wetzel für falsch. Auch Arbeitsministerin Andrea Nahles schiebt diese Studien einfach beiseite. (Jeremy Bowles von der London School of Economics hat 2014 eine Untersuchung veröffentlicht, wonach durch die möglich werdenden Automatisierungsschübe binnen zwei Jahrzehnten in Deutschland 51 Prozent aller heutigen Jobs verloren gehen können. Eine Studie von Oxford-Wissenschaftlern kommt etwa zu dem Ergebnis, dass 47 Prozent der Berufe in den USA in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten bedroht sein könnten, für Deutschland wird eine Gefährdung von 59 Prozent erwartet, Brzeski/Burk 2015.)

Wir müssen also sehen: Die technischen Erneuerungen beinhalten zwei gegensätzliche Möglichkeiten: Sie können einerseits unter den Bedingungen der Profitproduktion zur verstärkten Ausbeutung und zur Verkümmern der menschlichen Fähigkeiten führen, bei Überwindung der Profitproduktion jedoch allen Menschen das Leben erleichtern und ihnen die Möglichkeit geben, ihre schöpferischen Kräfte freizusetzen. Es kommt immer darauf an, wer die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel hat.

Die Warnungen der BDA im Mai 2015 vor Auflagen für Zeitarbeit, Werks- und Dienstverträge zielen auf die globale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Da die Vorstände der Gewerkschaften unter der Devise »Innovation sichert Beschäftigung« die weltweite Konkurrenzfähigkeit der Betriebe im Kapitalismus erhalten und fördern wollen, stehen sie bei der Digitalisierung der Produktion vor einem Dilemma. Konnte z.B. bei Rationalisierungsschüben in der Automobilproduktion bisher Personalabbau teilweise durch höheren Produktionsausstoß aufgefangen werden (neue Märkte), so wird das bei der Digitalisierung der Produktion nicht mehr erwartet. Die neue Technologie verstärkt den Widerspruch zwischen den geschaffenen Produktionskapazitäten und den Absatzmöglichkeiten. Im Verhältnis zu den erzeugten Warenbergen sinkt die Massenkauftkraft.

Gegenwärtig haben wir in Zeitarbeitern, Werksverteilern und Leiharbeitern schon eine industrielle Reservearmee für plötzliche Erweiterungen des Absatzmarktes – nicht durch Missbrauch durch die Unternehmer, wie der IG-Metall-Vorstand meint. Der Mechanismus der kapitali-

stischen Produktionsweise passt die Anzahl der Arbeiter den Verwertungsbedürfnissen an. Das ist die Quelle des vom DGB-Vorsitzenden am 1. Mai angesprochenen digitalen Prekariats. Mitgestalten will auch die IG Metall. Doch während die Unternehmer die Macht der Eigentümer verkörpern, sitzen die Gewerkschaftsvorstände machtlos als Bittsteller am Verhandlungstisch.

Indem die IG Metall hinter der Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie steht, verzichtet sie darauf, die Gewerkschaftsmitglieder insgesamt um ihre ureigensten Interessen zu organisieren und stellt sich so gegen die nationale und internationale Solidarität der lohnabhängig Beschäftigten. Das Ergebnis ist ein fortlaufendes Niederkonkurrieren von Kollegen untereinander und der Industrien anderer Staaten mit seinen negativen sozialen Folgen für die Lohnabhängigen. Während betroffene Belegschaften ihre Arbeitsplätze verlieren, dient die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie dem Zugang zu internationalen Märkten und der politischen Vormachtstellung Deutschlands in Europa: Es geht um neue Märkte im Ausland.

5 Wie wirkt sich die Digitalisierung der Produktion gesellschaftlich aus?

»Wer die Roboter besitzt, regiert die Welt«, sagt auch der Harvard-Ökonom Richard Freeman in einer Studie. Sehen wir uns die Realität an.

Die Staatshaushalte stützen sich auf die Steuereinnahmen, besonders auf die Lohn- bzw. Einkommenssteuer. Woher aber sollen die Steuern bei einer Massenarbeitslosigkeit kommen? Alle Unternehmen sind darauf aus, ihre Steuern möglichst gering zu halten und suchen dafür intensiv nach Schlupflöchern.

Zielt auch das Interesse des Einzelkapitalisten darauf möglichst viele Waren zu verkaufen – der Anteil der lohnabhängigen Bevölkerung am gesellschaftlichen Gesamtprodukt muss vom Interesse des Gesamtkapitalisten her klein gehalten werden. Als Vertreter des Gesamtinteresses der Kapitalisten setzen die Regierungen dieses Interesse durch: Was früher ein Amt war, ist in einen staatlichen Betrieb umgewandelt worden, der gewinnbringend arbeiten soll (schlanker Staat). Um die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmer fördern und ihren Gewinnen Wachstumsmöglichkeiten verschaffen zu können, werden die staatlichen Haushalte für Kultur, Bildung, Gesundheit, Soziales und Infrastruktur zugunsten der Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf das unbedingt Notwendige gestutzt: »Schuldenbremse«, Haushaltssperre, keine Vergrößerung der Staatsverschuldung, besonders der Gemeinden, etc. Dass seit einiger Zeit Streiks hauptsächlich im Dienstleistungsbereich stattfinden, zeugt von dem vorhandenen Konfliktpotenzial. Wo bleiben die konkrete Unterstützung des DGB und der Rückhalt der Industriegewerkschaften für diese Streiks? Kultur, Erziehung, Bildung und Pflege können nicht automatisiert werden. Wie sollen die notwendigen neuen Aufgaben für die Allgemeinheit realisiert werden, wenn die Haushalte der Regierungen zwecks Unterstützung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen auf Sparen ausgelegt sind? Gemeinden mit vielen Hartz-IV-Empfängern haben schon heute kaum Geld um Schulen zu renovieren, Theater zu erhalten oder Abwasserleitungen zu sanieren.

Bürgerliche Journalisten sehen durchaus, dass dem Prozess der Digitalisierung ein Rahmen und Regeln gesetzt werden müssten. Doch wie in einem Wirtschaftssystem, das von der Profitproduktion abhängig ist? Kapitalisten streben nach wachsenden Profiten. Die Erhöhung des konstanten Kapitals durch die Digitalisierung der Produktion führt für

zu einem Sinken der Profitrate: Gemessen am eingesetzten Kapital springt eine geringere Profitrate heraus. Unter einem anderen Blickwinkel: Wenn das Kapital die Anzahl und den Lohn der »wertschöpfenden« Lohnarbeiter(inn)en so weit wie möglich begrenzt und gleichzeitig so viel Produkte wie möglich herstellt, fällt die Profitrate. Wie soll bei den übergroßen Kapazitäten und dem globalen Konkurrenzkampf ein Ausgleich durch die Masse des Profites erfolgen?

- Wenn der Wert einer Ware durch die dafür durchschnittlich notwendige menschliche Arbeit bestimmt ist, welchen Wert hat dann eine digital produzierte Ware, die in einer gegen null tendierenden menschlichen Arbeitszeit hergestellt worden ist? Und wie (und von wem) wird dann ihr Preis bestimmt?

- Wovon sollen bei einer nicht ausbleibenden Massenarbeitslosigkeit in der Industrie Arbeitsplätze bezahlt werden für die Verkleinerung der Schulklassen, für kleinere Kita-Gruppen, erweiterte Sozialarbeit, mehr notwendiges Personal in der Alten- und Krankenpflege, das schon jetzt überbelastet ist?

- Wie kann dann Arbeit »das tragende Element für den Zusammenhalt jeder Gesellschaft sein«, wie der DGB-Vorsitzende Hoffman am 1. Mai in Lübeck meinte. Um das objektiv Mögliche durchsetzen zu können, wird gesellschaftliche Macht gebraucht. Was tut der Gewerkschaftsapparat dafür, dass solidarisches Handeln der lohnabhängig Beschäftigten auch unter der veränderten Zusammensetzung der lohnabhängigen Bevölkerung möglich ist?

Hauptbetroffene: die junge Generation

In den früheren industriellen Revolutionen war Massenarbeitslosigkeit eine vorübergehende Erscheinung. Der Kampf der Arbeiterbewegung für die Anhebung des Lebensstandards und die Ausbreitung des Kapitalismus sorgten in den Industrieländern für wachsende Nachfrage, größeren Bedarf, so dass der Binnenmarkt wuchs. Gegenwärtig haben wir aber in Deutschland bereits seit vielen Jahren Dauerarbeitslose und in den Randstaaten der EU Geringbeschäftigung und andauernde hohe Arbeitslosigkeit.

- Reicht es da aus, die Kinder heute zu mehr Kreativität, zu mehr Mut für Veränderungen zu erziehen?
- Die IG Metall fordert verbesserte Ausbildung der Beschäftigten: Die komplexeren Produktionsabläufe erforderten eine Anpassung in der Qualifikation. Nach und nach werden in der weiteren Entwicklung hauptsächlich Arbeitskräfte in Forschung, Entwicklung, Planung und Gestaltung gebraucht. Und die Menschen, die für die Produktion überflüssig werden? Existieren die für die IGM nicht? Sozialvertraglicher Arbeitsplatzabbau hilft den jungen Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen, nicht!
- Woher soll dann ein garantiertes Mindesteinkommen für alle kommen – mit oder ohne Job?
- Wo bliebe bei massenhaften Mindesteinkommen die für den Kapitalismus notwendige wachsende Kaufkraft? Wenn also die zahlungsfähige Konsumtion der Gesellschaft mit der Ausdehnungsfähigkeit der Produktion nicht mithalten kann, heißt das dann nicht Überakkumulation, Wirtschaftskrise?

Und dann dürfen wir diese Problematik nicht nur auf Deutschland, die EU oder die kapitalistischen Zentren beschränkt sehen. Die globalisierte kapitalistische Produktionsweise erfordert einen international ausgerichteten Blick – gerade auch den der Gewerkschaften.

Die Digitalisierung der Produktion findet zunächst nur in den industriell am weitesten entwickelten Staaten statt. Führend sind die USA; dazu geforscht wird auch in Chi-

na: Von den chinesischen Wissenschaftlern ist Kreativität gefordert. Die auf diesem Gebiet vereinbarte Partnerschaft Deutschlands mit China wird bisher inhaltlich kaum ausgefüllt. Besonders der Vergleich Deutschlands mit EU-Randstaaten zeigt deutlich, wie die Beschäftigung von der Möglichkeit abhängt, Waren im Ausland abzusetzen.

Die Kapazitätssteigerungen in den industriellen Zentren verschärfen einerseits den Konkurrenzkampf der multinationalen Unternehmen um die Absatzmärkte, andererseits erhöhen sie den Druck auf nationale Regierungen. Besonders in den die Entwicklungs- und Schwellenländer sowie am EU-Rand wird es schwer sein, eine nationale ökonomische Entwicklung durchzusetzen. Billigexporte der EU oder USA und Beschränkungen der Importe aus diesen Ländern behindern deren Eigenentwicklung, zwingen Massen von Menschen in die kapitalistischen Zentren auszuwandern. Bislang schweigen die Gewerkschaften zu dieser Problematik: Humanisierung der Arbeit nicht für die Arbeiter weltweit?

In der 1. industriellen Revolution zertrümmerten Maschinenstürmer die Maschinen, weil – wie sie glaubten – die Maschinen ihnen ihre Arbeitsplätze wegnähmen. Seit ihren Erfahrungen ist klar, dass nicht die Maschinen die Ursache sind. Durch die neue technische Entwicklung werden die inzwischen weitgehend individualisierten Lohnabhängigen nach und nach mit einer Wirklichkeit des Kapitalismus konfrontiert, die sie sich heute noch nicht vorstellen können – wo doch in der Industrie noch mit Tarifverhandlungen Lohnerhöhungen erreicht werden.

Hauptsächlich betroffen sein wird die jetzige junge Generation. Vor ihr steht die Frage: Wird die Digitalisierung der Produktion Segen oder Fluch für uns sein? Kann für uns aus dem Zwang zur Arbeit – unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen – freie schöpferische Tätigkeit werden oder wird unter dem vorrangigen gesellschaftlichen Ziel **Profit** genau das Gegenteil erreicht: erbitterter, vernichtender Konkurrenzkampf der Unternehmen.

Das Interesse an der sozialen und politischen Problematik, die mit der Digitalisierung der Produktion verbunden ist, wächst mit der Betroffenheit der Menschen. Die Warnung der BDA, die Chance der Digitalisierung im Interesse der Profitproduktion zu sichern, zeigt, wie sich die Unternehmer schon jetzt in Position bringen. Für die nächste Rationalisierungswelle ist der Konflikt bereits angekündigt. Den Belegschaften fehlen Kampferfahrungen. Viele Gewerkschaftsmitglieder glauben noch, mit ihrem Gewerkschaftsbeitrag ihrer Pflicht Genüge zu tun. Auch wenn z.B. Daimler alle Auszubildenden übernimmt und den Kündigungsschutz verlängert, steht die Frage: Wer steht der heutigen Ausbildungsgeneration, in der 40 Prozent der Auszubildenden Überstunden leisten und so viele Schwierigkeiten haben, sich von der anstrengenden Ausbildung zu erholen, zur Seite, um die Zusammenhänge der vor ihr liegende Entwicklung zu erklären? Da sie mit der Verwischung von Arbeitszeit und Freizeit aufwachsen, hinterfragen sie nicht von alleine die darin liegende Problematik. Sie kennen Beispiele der sozialen Ausgrenzung von prekär Beschäftigten, aber keine kollektive Abwehr gegen die Verarmung. Individuell können sie sich nicht dagegen wehren.

Angesichts des globalen Konkurrenzkampfes zielen die Unternehmer auf weiteren Abbau von Rechten der Beschäftigten. Wenn es darauf ankommt, elementare Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen, lohnabhängig Beschäftigte um den Kampf für ihre Interessen zu organisieren, beließen es die Gewerkschaftsvorstände bisher bei Aufrufen zu lahmenden Protesten. Dabei sind die Belegschaften schon durch die Konkurrenz der Betriebe untereinander geschwächt, wenn die Gewerkschaft nicht ihr Gesamtinteresse vertritt

und ihre betrieblichen Vertreter bei der Einführung der Digitalisierung von der Gewerkschaft alleine lässt. Doch nur wenn die Kolleg(inn)en sich selber massenhaft zur Verteidigung ihrer sozialen Interessen einbringen, kann der Verfügungsmacht der Unternehmer über die Produktionsmittel etwas entgegengesetzt werden. Das ist aber kein Selbstläufer.

Die Auseinandersetzung mit den jetzigen Angriffen der Unternehmer kann der Anfang dafür sein, dass sich die Kolleg(inn)en mit der Perspektive der Digitalisierung der

Produktion auseinandersetzen. Die Debatte darüber muss unter Kolleg(inn)en und unter den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten geführt werden. Die Diskussion darüber geht tendenziell über die reine Technologie hinaus, berührt sie doch die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Gewinnbeteiligung der Beschäftigten, die es in einigen Betrieben schon gibt, ist keine Lösung, weil das Problem in der Profitproduktion liegt. Notwendig wird eine Organisation der Produktion, mit der die steigende Produktivität zum Nutzen der Menschheit eingesetzt wird. 1.11..15 ■

Korrespondenz zur Flüchtlingshilfe



Hamburg Hauptbahnhof: Refugees welcome

Wer den Hauptbahnhof passiert, sieht sie jeden Tag in der Wandelhalle Hunderte. Menschen, die seit Wochen auf der Flucht sind, aus Syrien, Irak, Albanien, Eritrea, Afghanistan, Tschetschenien, Kosovo, und nach Hamburg kommen um zu bleiben oder weiterzufliehen – nach Schweden, Norwegen, Finnland. Um die 500 kommen täglich, mal sind es 1000, mal nur 300. Manchmal stehen sie in kleinen Gruppen, manchmal in langen Schlangen: Familien, Großfamilien, Paare und Einzelpersonen, vor allem junge Männer. Sie haben fast nichts bei sich außer einem kleinen Rucksack, und nahezu alle haben Handys – das wichtigste Kommunikationsmittel, falls man sich verliert und um mit den Daheimgebliebenen in Verbindung zu bleiben.

Auf dem Bahnhofsvorplatz sammeln sie sich um die beiden Zelte, das Versorgungszelt und das Sanitätszelt. Hier bekommen sie etwas zu trinken, zu essen, Zusppruch. Auch mal Schuhe, eine Decke oder eine warme Jacke – viele kommen in Sandalen und unvorbereitet auf die kalten Herbstnächte. Im Sanitätszelt können sie untersucht und erstversorgt werden.

Nachts werden für die Menschen, die durchreisen und meist nur eine Nacht bleiben, Schlafplätze organisiert und sie werden dorthin begleitet: In die Moschee, ins Schauspielhaus, die Caritas, in Wohnprojekte und Privatquartiere. Keine Politik, keine Partei, keine Einzelorganisation steht dahinter. Es sind Freiwillige, Ehrenamtliche, Nachbarn, Theatermenschen, die das neben ihrer eigentlichen Arbeit tun. Sie betreuen, versorgen, unterstützen – und waschen täglich Berge von Bettwäsche für die nächsten Flüchtlinge..

Info-Stand am Hbf unter der Rolltreppe. Ca. 8 qm hat die DB dem Koordinationsteam (das sind 19 Leute, die die Hilfe rund um die Uhr initiiert haben und seit Wochen beispielhaft solidarische, praktische Flüchtlingsarbeit machen) zur Verfügung gestellt, Platz für eine Pritsche und zwei provisorische Tische aus Spanplatten. Hier gibt es

Funkgeräte, gelbe und orangene Westen, Schilder in Plastikhüllen, auf denen »Flüchtlingshilfe« steht, ein Schild an einem Besenstiel, auf dem »Schweden« steht, jeweils auf deutsch und arabisch, eine Spendenbox, ein Laptop. Hier hängen Listen aus mit Adressen von Ärzten und Rechtsanwältinnen, hier ist die Tafel, in der die jeweiligen Helferinnen und Helfer eingetragen werden: fürs Versorgungszelt, (das Sanitätszelt hat einen eigenen Träger: zunächst Falck eV, jetzt den Paritätischen Wohlfahrtsverband) für den Info-Stand, die Übernachtungszuständigkeit, das Abholen von den Zügen aus Richtung Süden, das Bringen zu den Zügen Richtung Norden, das Bringen zu Sonderfahrten in Aufnahmelager anderer Bundesländer, und die Begleitfahrten nach Harburg ins Erstaufnahmelager für die, die bleiben wollen. Hier sind Ansprechpartner, die Infos geben, Fragen beantworten, hier wird telefoniert – mit anderen Flüchtlingshilfegruppen, in Flensburg, Kiel, Rostock, Schwerin und Lübeck, um zu erfahren wie viele Flüchtlinge dort weiter betreut werden können, wie viele mit den jeweils nächsten Zügen kommen können. Hier werden Spenden abgegeben, Vorbeikommende bedanken sich für das, was hier getan wird und geben mal 10, 20 oder 50 Euro. Einige wollen auch Kleidung abgeben, werden aber an die Messehallen verwiesen, am Hauptbahnhof ist zu wenig Platz, hier wird nur wenig und gezielt ausgesuchte Kleidung für die Durchreisenden gelagert.

Und hier sind Helferinnen und Helfer, die meisten gut erkennbar in gelben (deutsch und englisch Sprechende) und orangenen Westen (Dolmetschende für arabisch/afghanisch/iranisch), refugee helper, ohne die nichts ginge. 200 sind es inzwischen, einige helfen ein paar Stunden in der Woche, andere jeden Tag, bis zur Erschöpfung. Es sind Schüler, Studenten, Auszubildende, Rentner, Arbeitslose und Erwerbstätige aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen von Monteur bis Friseur. Viele haben Migra-